

Implementation der „Obamacare“ noch ausbaufähig

Zusammenfassung der US-Berichterstattung für die Woche vom 21. bis zum 27. Oktober 2013

(mf) In dieser Woche dominierten drei Themen die amerikanische Presse: Ein defizitäres Webportal der US-Regierung für die Krankenversicherung der Obama-Administration, Angela Merkels Beschwerde über die Überwachung ihres Smartphones durch die NSA und der Mangel an außenpolitischer Aufmerksamkeit gegenüber den Geschehnissen in Libyen.

Während die *Washington Post* behauptete, dass „Obamacare funktioniert“, bezeichnete der *Boston Herald* eine nichtfunktionierende Website als „das greifbarste Beispiel eines nicht funktionierenden Obamacare-Experiments“. Das Streben nach einer Krankenversicherung für jene, die bisher nicht krankenversichert waren, hat sich in der amerikanischen Presse ausnahmslos als eine zu befürwortende Tatsache etabliert, jedoch fordert der *Boston Herald* eine sofortige „Schadenskontrolle“, da die Website „sogar noch nach drei Wochen“ ihren Dienst nicht tut“. Seit dem 1. Oktober können sich alle Bürger ohne Krankenversicherung auf der Website healthcare.gov darüber informieren, wo und wie sie sich versichern können; allerdings kollabierten die Server schon am ersten Tag und funktionieren seither nicht einwandfrei. Die *Washington Post* bezieht hierzu eine klare Stellung: „Es kann nicht bestritten werden, dass dieses Systemversagen eine tiefe Blamage für Obamas Amtsführung ist“. Der Präsident zeigte sich in einer Erklärung dazu, veröffentlicht im *Boston Herald*, überzeugt, dass das „Gesetz auch bei nichtfunktionierender Website ein Erfolg ist“.

Ein anderes Thema, dem die amerikanische Presse sich diese Woche widmet, sind neue Vorhaltungen gegen die USA in dem bereits sehr lange in den Medien präsenten Skandal der Überwachung ihrer Verbündeten. Angela Merkel verkündet, dass es neue Beweise für eine Überwachung ihres Smartphones durch die NSA gibt. Die *New York Times* kritisiert, dass „Obama Frau Merkel zwar versichert, dass ihr Mobiltelefon nicht jetzt oder in Zukunft überwacht wird, aber dass er keine Anstalten macht, etwas über Überwachungsmaßnahmen in der Vergangenheit anzudeuten“. Der *Boston Herald* findet es „nicht gut“, dass es überhaupt

dazu gekommen ist, dass „der Präsident einer nahestehenden Verbündeten eine Nichtüberwachung ihres Telefons versichern muss“. Diese Stellungnahme akzentuiert ironisch die Absurdität der Spionage, die unter anderem auch in Frankreich stattfand: „Ist es nicht beeindruckend, dass wir anscheinend Analysten unserer Geheimdienste haben, die Französisch lesen und verstehen können, ganz egal, wie langweilig 70 Millionen Kommunikationssituationen sein können?“

Ferner ist die „Unaufmerksamkeit der USA gegenüber Libyen“, wie es die *Washington Post* bezeichnet, ein wichtiges Thema in der amerikanischen Presse. Ein Jahr nach dem tödlichen Angriff auf die U.S. Mission in Benghazi steht Obamas Zusicherung noch aus, die Täter vor Gericht zu bringen. Obwohl einige von ihnen mittlerweile identifiziert werden konnten, wurde bisher niemand in Gewahrsam genommen. Gemäß der *New York Times* ist das ein „verständlicher Grund für Frustration, sowohl der Republikaner im Kongress, als auch des Militärs“. Libyens Premierminister Ali Zeidan bat im März um konkrete Hilfe der Vereinigten Staaten für die Etablierung von Schutzmaßnahmen für die libysche Regierung. Obama versicherte eine Überwachung und das Aussenden von Hilfskräften, musste diesen Monat aber eingestehen, dass nicht genug getan wurde und er die Hilfe von nun an beschleunigen möchte. In dieser Woche reagierte die *Washington Post* darauf mit dem Kommentar „Das ist gut – besser spät als nie“, bezweifelt jedoch, ob der Kongress Obama die Maßnahmen ergreifen lässt, die jetzt sinnvoll erscheinen.

Quellen:

www.nytimes.com

www.washingtonpost.com

www.bostonherald.com